



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Januar 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 884 Anfrage Sager Urban und Mit. über die Arbeitssituation in Luzerner Kitas / Gesundheits- und Sozialdepartement

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Die Antworten der Regierung zeigen klar auf, dass die Situation in den Luzerner Kitas nach wie vor nicht zufriedenstellend ist, obwohl wir alle uns schon mehrfach und immer wieder dazu geäußert haben, dass wir mit dieser Situation nicht zufrieden sind, konkret mit den Einführungspraktika in den Kitas. Es sind meistens 15-jährige Mädchen, selten auch Knaben, die zu einem Lohn von etwa 500 Franken angestellt werden, um ein halbes bis ein ganzes Jahr zu arbeiten, um im Anschluss eventuell mit einer Lehre beginnen zu können. Die Regierung hat versucht, diese nicht zufriedenstellende Situation über die Tripartite Kommission Arbeitsmarkt (TKA) zu lösen oder zu verbessern. Es wurden entsprechende Bedingungen erarbeitet, und es wurde versucht, diese unerwünschten Einführungspraktika zu verhindern. Die Zahlen zeigen aber, dass dieses Vorgehen nicht erfolgreich war. Die Zahl der Praktika ist zwar etwas gesunken, aber es gibt sie noch immer. Dank dem politischen Druck des Parlaments – wir haben dazu drei Vorstösse überwiesen und auch ausserparlamentarisch mittels einer Initiative der SP – bewegt sich die Regierung weiter, und ein entsprechendes Gesetz ist in Erarbeitung. Der Kanton Luzern ist der einzige Kanton in der Schweiz, der kein solches Gesetz hat. Zudem arbeitet die Regierung zurzeit einen Normalarbeitsvertrag (NAV) aus. Dazu habe ich ebenfalls einige Fragen gestellt. In diesem Normalarbeitsvertrag soll die Lösung der TKA festgeschrieben werden. Diese angebliche Lösung, die ja keine ist, führt dazu, dass es nach wie vor solche Einführungspraktika gibt. Mit dieser Festschreibung im NAV zementieren wir diese Situation, die unser Rat grossmehrheitlich nicht will. Warum gibt es diese Einführungspraktika, und wie werden sie begründet? Solche Praktika gibt es nämlich in keiner anderen Branche. Nach neun Jahren Schule überlegt man sich in der 2. Sekundarklasse, was für eine Ausbildung man machen möchte, und entscheidet sich für Fachangestellte/r Betreuung, Fachrichtung Kind, zu werden. Dann kann man nicht einfach mit dieser Lehre beginnen, sondern muss zuerst ein halbes oder ganzes Jahr ein solches Praktikum absolvieren. Das gibt es in keinem anderen Beruf, warum also hier? Es ist relativ einfach, man kann mit diesen Praktika Kosten sparen in einem System, welches eigentlich unterfinanziert ist. Das heisst nichts anderes, als dass man die Kosten auf dem Buckel von 15-Jährigen tief hält, weil wir bis heute politisch nicht bereit sind, mehr Geld in dieses System zu geben. Es gibt drei Möglichkeiten, mehr Geld in dieses System zu geben: Erstens, die Eltern bezahlen mehr, obwohl die Tarife zum Teil schon heute sehr hoch sind. Zweitens, der Staat bezahlt entsprechend mehr. Drittens, die Unternehmen sind gefordert. Der Kanton Bern hat eine nachhaltige Lösung, um diese unerwünschten Praktika wirklich zu beseitigen. Er hat ein Pilotprojekt gestartet, in dem er die nicht ausgebildeten Mitarbeitenden der Kitas nicht zum Stellenschlüssel zählt. Das ist die

einzig nachhaltige Lösung. Ich bitte die Regierung und das Gesundheits- und Sozialdepartement, diese Überlegungen in das Gesetz über die vorschulische Kinderbetreuung einfließen zu lassen.

Thomas Oehen: Der Anfragende will Auskunft über die Arbeitssituation in Luzerner Kitas. Die durch die Regierung veranlassten Kontrollen in den Jahren 2017 bis 2020 zeigten deutlich die Verfehlungen seitens der Kitas, mit Tendenz zur Besserung. Die Regierung hat die Probleme erkannt. Aus diesem Grund wurde die TKA beauftragt, zusammen mit den Branchenverbänden und Sozialpartnern einen NVA auszuarbeiten. Darin sollen neben den Löhnen vor allem auch die Praktikumsbedingungen geregelt werden. Auf diesen NVA kann die Regierung direkt und schnell Einfluss auf nicht erreichte Parameter nehmen. Für die Mitte-Fraktion ist es ein Muss, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Die Jugendlichen dürfen nicht länger ausgenutzt und müssen angemessen entlohnt werden. Eine persönliche Anmerkung: Es ist nicht nur immer Aufgabe des Staates, die Kinderbetreuung zu finanzieren.

Samuel Zbinden: Wir haben gehört, wie prekär die Arbeitsbedingungen in den Kitas sind, insbesondere für Praktikantinnen und Praktikanten. Unter einem Praktikum stellt man sich vor, nach dem Gymnasium oder dem Studium ein Arbeitsfeld kennenzulernen, in dem man noch keine Berufserfahrung hat und um allenfalls Fuss darin zu fassen. Bei den Praktika in den Kitas sieht die Situation aber ganz anders aus. Die Praktika werden als Vorbedingung verlangt, um überhaupt eine Ausbildung machen zu können. Noch schlimmer ist aber, dass sie zeitlich immer verlängert werden und die bereits sehr tiefen Löhne von etwa 800 Franken sogar noch unterschritten werden. Es gibt auch Kettenpraktika, indem man von Kita zu Kita wechselt. Diese Situation ist sehr stossend. Urban Sager hat den geplanten NAV angesprochen. Einerseits begrüsst es die G/JG-Fraktion, dass zumindest ein Mindestlohn, eine Maximaldauer und eine Lösung für die Kettenpraktika festgelegt werden sollen. Andererseits möchten wir von der Regierung grundsätzlich wissen, wieso es diese Vorpraktika weiterhin geben soll. Wenn ich eine Ausbildung zum Schreiner machen möchte, muss ich nicht zuerst ein halbjähriges Praktikum als Schreiner absolvieren. Die Ausbildung Fachfrau/Fachmann Betreuung ist ja dazu da, um die Berufserfahrung zu sammeln. Aus unserer Sicht leuchtet es nicht ein, warum es solche Praktika und den NAV überhaupt braucht. Grundsätzlich ist die Position der G/JG-Fraktion klar: Wir wollen einerseits qualitativ gute, hochwertige Kitas, andererseits aber auch gute Arbeitsbedingungen. Die beiden Anliegen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand und der Unternehmen, den Gap zwischen dem, was die Eltern bezahlen können und den fairen Löhnen für alle Angestellten, auch für die Praktikantinnen und Praktikanten, zu bezahlen.

Melanie Setz Isenegger: Samuel Zbinden hat es eben schon erwähnt, auch ich gehe auf das Votum der Mitte-Fraktion ein. Es ist eben nicht nur immer am Staat, die Kinderbetreuung zu fördern, sondern auch an den Unternehmen, genau diese Unternehmen, die nach Fachkräften rufen. Ich habe gedacht, es sei mittlerweile klar, dass es wichtig ist, auch Frauen und Eltern im Beruf zu halten. Gerade in den Kitas kommt es langsam aber sicher auch zu einem Fachkräftemangel, auch weil gerade Frauen lange in Kitas arbeiten, unter Umständen jahrelang mit Tiefstlöhnen in diesen Praktika. Deshalb müssen wir aufpassen, dass diese Ausbildung nicht so weitergeführt wird, sonst kommt es auch zu einem Fachkräftemangel. Wenn wir jetzt nicht handeln, geht dieser schlechte Mechanismus noch jahrelang so weiter.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Mir ist nicht ganz klar, ob Urban Sager mit den Antworten oder der Situation nicht zufrieden ist. Wir teilen seine Meinung, denn mit der Ausgangslage sind wir auch nicht zufrieden. Aus unserer Sicht sind diese Praktika zum Teil hoch fraglich, wir wollen keine billigen Arbeitskräfte in den Kitas. Was haben wir bis jetzt gemacht? Die Regierung hat die TKA beauftragt unter Berücksichtigung der entsprechenden politischen Vorstösse in Zusammenarbeit mit dem Sozialversicherungszentrum Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS), Dienststelle Wira, und in Koordination mit der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) einen NAV Kita zu entwerfen und der Regierung zu unterbreiten. Wenn ich richtig orientiert

bin, fand diesbezüglich sogar eine öffentliche Veranstaltung im Kantonsratssaal statt. Ein Kantonsrat ist ja Präsident der TKA. Aufgrund von drei vom Kantonsrat erheblich erklärten Postulaten rund um die Thematik Kinderbetreuung hat die DISG zudem Anfang 2022 Arbeiten für einen Grundlagenbericht zur familienergänzenden Kinderbetreuung aufgenommen. Wir wollen, müssen und werden das lösen. Aufgrund des engen thematischen Zusammenhangs werden die TKA beziehungsweise das WAS den Entwurf für den NAV Kita mit der DISG zusammen koordinieren. Was wichtig ist und was wir tun werden: Wir werden die Sozialpartner und die Branchenverbände zu gegebener Zeit in die Ausarbeitung des NAV Kita mit einbeziehen. Wir wollen gemeinsam eine Lösung finden, die den Namen NAV auch verdient.

Urban Sager: Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort des Regierungsrates. Ich bin zufrieden damit, dass wir das nicht wollen. Nicht zufrieden bin ich damit, dass die Regierung davon spricht, dass sie die Praxis dieser Einführungspraktika im NAV festschreiben will.